

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Post d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, W.G., Dresden, Gruber, Arnolds, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es auch ohne obere Aufsicht höherer Gewalten, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Denken, Kampf“ sowie der wöchentlichen Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf., Pringelohn, (Einzeln „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf., Pringelohn.) Vorbezug nur mit „Sonntag“ 1,95 M., auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201. Expeditionskunds nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
 Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
 Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 10 mm breite Normalzeile 35 Pf., die 80 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 1,50 M., abhängig Preisentwurf laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf., netto, für Briefmarken 10 Pf., Einzeln, 10 Pf.

Nr. 134

Dresden, Freitag, den 10. Juni 1932

43. Jahrgang

Die Einheitsfront der Freiheit

Auftakt der Eisernen in Berlin Kampfruf der christlichen Gewerkschaften

Berlin, 10. Juni. (Eig. Funknachr.) Die Eiserner Front Berlins — Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeiter-Sportverbände — marschierte am Donnerstag im großen Saale des Glou zum Wahlkampf auf. Neben den erprobten Veteranen des Kampfes gaben die Jungen, die sich zahlreich eingefunden hatten, der Veranstaltung ein besonderes Gepräge. Sie zeigten ein hinreichendes Bild der Disziplin, der Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit.

Der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, Franz Künster, wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß bei einer Aufhebung des Z.A. und Z.V. Verbots die volle Verantwortung für Sicherheit und Leben der Staatsbürger auf die Reichsregierung lasse. Die Arbeiterschaft werde sich der Soldatendeckel des Kapitalismus mit allen Mitteln erwehren. (Stürmischer Beifall)

Aufhäuser, der Vorsitzende des Abambundes

sprach zum Kampfauftritt der Eisernen Front über das Thema: Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft. Das Kabinett Papen — so führte er aus — wende sich gegen den Klassenkampf, während es selbst eine Regierung des Klassenkampfes nach oben darstellt. Wir beantworten seine Kampfanfrage mit der Klassenolidarität von unten. (Stürmische Zustimmung.) Der Reichspräsident soll gesagt haben, daß die beiden Gewerkschaften aus der Regierung herausmüssen. Was das dementsprechend sein oder nicht: Tatsache ist, daß sie heraus sind. Der Reichspräsident war in diesem Falle schlecht beraten. Er vergaß, was die Gewerkschaften nach dem Kriege geleistet haben, und er veranlaßte die Arbeit unserer Organisationen. Wer den Gewerkschaften den Krieg erklärt, heißt auf Gewalt. (Renner enthaltender Beifall.) Entweder wird ein organisiertes Deutschland bestehen oder Deutschland wird nicht bestehen. Man erstrebt ein Willkürbündnis mit Frankreich und Polen gegen England. Die Herren mögen aber versichert sein, daß sie bei einem solchen Kapitalistenkrieg auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter, wie auch immer sie parteipolitisch eingeteilt sein mögen, rechnen können. (Stürmische Zustimmung.) Schließlich sehen jetzt die Kommunisten die Fehler des Nationalsozialismus ein.

Die Führer der Kommunisten allerdings haben die geschichtliche Situation noch nicht begriffen.

Der Sozialismus steht vor der Tür, und in der Arbeiterschaft, das wissen wir aus den Betrieben, leht die gewaltige Sehnsucht, die große Kraft einer einheitlichen Arbeiterklasse in die Waagschale werfen zu können. Das aber kann nur kommen, wenn Arbeiter in ihren Kämpfen untereinander Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit sind.

Wesen und Inhalt dieses Wahlkampfes muß sein, die Einheit aller Schaffenden gegen Reaktion und Kapitalismus, für den Sozialismus herzustellen.

Diese Einheit ist für uns die Eiserner Front. Sie vereint die politische, wirtschaftlich und kulturell über den Parteirahmen hinaus organisierten Arbeiter. Wir fragen auch die Proletarier aus der Z.A., wie lange sie noch für die Klassenfeinde, die die Hitler-Bewegung dirigieren, kämpfen wollen? Man gibt

Streichung der Reparationen? MacDonalds und Sir Simons Vorschläge

P. Paris, 10. Juni. (Eig. Funk.) Das Echo de Paris meldet aus London, daß MacDonald und Sir John Simon in Paris und Lausanne ohne weitere Umschweife die

vollständige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden

vorschlagen werden. Gehe Amerika auf die Streichung der Kriegsschulden nicht ein, dann wolle sich England verpflichten, sich Frankreich und den anderen interessierten Staaten anzuschließen, um gemeinsam den Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß die Schuldzahlungen unmöglich fortgesetzt werden könnten, wenn Deutschland keine Reparationen mehr zähle. In London glaube man jedoch, daß in Lausanne noch kein endgültiges Abkommen, sondern nur eine Art Vorabkommen abgeschlossen werden könne. Man werde sich schließlich darauf beschränken, das Hoover-Moratorium bis Ende des Jahres zu verlängern.

ihnen eine neue Uniform. Man kleidet sie ein und verleiht ihnen den Totenkopf, sie dürfen hauen, stechen und schießen — sie dürfen nur nicht fragen, wofür! Die Politik macht das Kabinett Papen im Verein mit dem Braunen Haus.

Den Proletariern der Z.A. wird man später mitteilen, wofür sie als Kanonenfutter dienen sollen.

Wir weisen weder vor Drohungen noch vor Gewalt. Unsere motorische Kraft ist der Wille zur sozialistischen Gestaltung der Welt. Wir haben nicht den geringsten Grund, den Kopf hängenzulassen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist für uns! Der Verfall des Kapitalismus wird weder durch ein „Präsidentenkabinett“ noch durch den Verfall von Reichswehr und Landstrecken der Z.A. aufgehalten werden.

Der Kampfpappell Aufhäuser wurde von der Berliner Arbeiterschaft mit einer so starken Zustimmung aufgenommen, wie man sie selten erlebt hat.

Christliche gegen Baronsregierung

Berlin, 10. Juni. (Eig. Funk.) Das Kartell der christlichen Gewerkschaften für Groß-Berlin veranstaltete am Donnerstagabend in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eine bedeutende Kundgebung. In ihrem Mittelpunkt stand ein Vortrag des christlichen Bergarbeiterführers Heinrich Imbusch, der zum ersten Male seit dem Kriegsende vor den Berliner Gewerkschaften das Wort erhielt. Imbusch betonte, es gehe in dem von der Papen-Regierung eingeleiteten Kampf nicht nur um die Arbeitnehmer und um die Gewerkschaften, sondern um die Interessen des Gesamtvolkes und um die Interessen Deutschlands. Ein Klassenstaat wie ebendies dürfe nicht wiederkehren. Es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß einzelne, daß eine Klasse die Herrschaft ausübe und daß nur wenige große Einkommen haben werden, während Millionen am Verhungern sind. Der Staat sei allerdings gewissermaßen zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht worden, aber weniger für die Arbeitnehmer als für andere Kreise. Nie sei für die Landwirtschaft und insbesondere die des Ostens mehr getan worden als in den letzten Jahren.

Nunmehr haben sich die Gewerkschaften aller Richtungen gegen das Programm der Baronsregierung ausgesprochen — um so mehr Sympathie bringen die Nazis dem Kabinett der Kraut- und Schlotjunker entgegen.

Der große Abbau



„Sie bringen Menschenleben in Gefahr!“
 „Ist uns ganz egal. Der Bau muß herunter!“

Sachsenregierung gegen Reichsregierung Scharfe Kritik am sächsischen Etat

O. E. Dresden, 10. Juni.

Nachdem die Rede des sächsischen Finanzministers in der Presse bereits ein kritisches Echo gefunden hat, kam im Landtage der Durchsicht des Etats allein in diesem Jahre nicht mehr die unmittelbare Bedeutung zu, die an sich selbstverständlich ist, wenn man bedenkt, daß das Budgetrecht von jeher die wichtigste Aufgabe der Volksobervertretung ist. Hinzu kommt, daß für Veränderungen im Etat ein bescheidener Spielraum bleibt, weil 86 Prozent der Einnahmen des Staates durch reichsgerichtliche Bestimmungen voraus-geregelt sind, weil der Kreditmarkt für die Aufnahme von Anleihen ungünstig ist und der Staat bereits die Zinsen für fast 300 Millionen Mark Anleihen zahlen muß. Auch auf der Ausgabe-seite des Haushaltsplans liegen unüberwindliche Bindungen vor, vor allem bei den Ausgaben für Personal-lasten. Es kommt deshalb darauf an, daß die beweglichen Kapitel des Etats nach sozial- und kulturpolitischen Gesichtspunkten aufgestellt werden. Daß die Regierung falsche Sparprinzipien angewendet hat, daß sie die bisher eingestellten Summen für die Wohlfahrtspflege, die Sozialpolitik, das Schulwesen weiter verkürzte, veranlaßte die sozialdemokratischen Redner, die Genossen Edel und Hartsch, zu einer Kritik, die an sachlicher Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Ihre Aufgabe war es aber vor allem, den Zusammenhang zwischen dem sächsischen Haushaltsplan und der gesamtpolitischen Entwicklung in Deutschland aufzuzeigen. Sachsen als industrielles Land muß weit über den Reichsdurchschnitt hinaus ungeheure Kosten für die Unterstüfung der Erwerbslosen aufbringen. Die Wirtschaftsgerrüttung schwächt die Steuerkraft des Landes. Nur ein sturs augenpolitischer Verständigung über die großen, noch immer strittigen Probleme, die Reparationen, Kredit- und Wirtschaftsfragen, eröffnet einen Ausweg aus der Hölle des Elends, in der sich jetzt die deutsche Arbeiterschaft befindet. Nicht Abbau der sozialen Leistungen des Staates, sondern verbesserter Schutz für die Hilfsbedürftigen, nicht Interessen-wirtschaft machtgieriger Mächte, sondern gemeinnützige Arbeitsbeschaffung sind die immer dringenderen Forderungen der Gegenwart. Der neue Reichspräsident aber hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß die Nachkriegsregierungen den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht hätten? Welche Stellung nimmt die sächsische Regierung zum Programm des Adelskabinetts in Reichs ein? Ist sie gewillt, um der sächsischen Interessen willen den Unverantwortlichkeiten des Herrn v. Papen entgegenzutreten? Wird sie sich auf der Konferenz der Länder, die am nächsten Sonnabend stattfindet, so fragte der erste sozialdemokratische Redner, dem verderblichen Kurs der neuen Reichsregierung entgegenstellen? Die Haltung der Sozialdemokratie zum Staatshaushaltsplan ist nicht nur abhängig von der Höhe der Ausgaben für bestimmte Verpflichtungen des Staates, sondern auch davon, in welchem Geiste und in welchem Sinne der Staat geleitet wird, ob der Verwaltungsapparat republikanisch seine Pflicht erfüllt. Wir stehen der gegenwärtigen Geschäftsregierung in Sachsen nach den Erfahrungen auf den Gebieten der inneren Verwaltung, der Polizei und der Justiz mit starkem Mißtrauen gegenüber.

Gerade deshalb, weil die sächsische Regierung bisher in entscheidenden Punkten auswich oder direkt die „nationalverbürte Propaganda der Nationalsozialisten“ begünstigte, ist die Antwort bemerkenswert, die der Ministerpräsident auf die sozialdemokratische Fragenstellung erteilte. Er erklärte mit einer Klarheit, die man sonst an ihm oft vermißt, daß

die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen, die ohne Zweifel von der Regierung v. Papen beabsichtigt war, nicht auf die bloße Tatsache gestützt werden könne, daß in einem deutschen Lande keine parlamentarische, sondern nur eine geschäftsführende Regierung amtiere und daß finanzielle Schwierigkeiten eines Landes zu einer Reichsregulierung keineswegs berechtigten können.

Die sächsische Regierung stütze sich in ihrer Amtsführung auf die Verfassung, und gewisse Rechte, die die Verfassung be-